

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil:  
die Seite 20 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

Gerichtsstand  
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 35 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 35 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:  
Friedrich Hans Schöe  
Druck und Verlag  
der A. Oelshöfer'schen  
Buchdruckerei

Nr. 53

Samstag, den 4. März 1933

Jahrgang 105

## Freiwillige Helfer für die Landwirtschaft

Reichsbeihilfe für bäuerliche Betriebe, die zusätzliche Arbeitskräfte einstellen

— Berlin, 4. März. Die vom Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft von Rohrbach seiner Rundfunkrede bereits angekündigte Beihilfe für bäuerliche Betriebe, die zusätzliche Arbeitskräfte (Helfer) einstellen, kann nunmehr als beschlossen gelten. Die Beihilfe ist auf Betriebe bis zu 40 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche beschränkt. Die Arbeitsämter sind ermächtigt, für solche Arbeitskräfte, die sich auf mindestens sechs Monate verpflichten, dem Betriebsinhaber einen Beitrag von 25 RM. (für weibliche Arbeitskräfte 20 RM.) monatlich zu gewähren. Der Betriebsinhaber ist verpflichtet, den ihm zustehenden Anspruch auf einen Steuergutschein auf Mehrbeschäftigung an das Arbeitsamt abzutreten. Ferner muß er den Helfer in die Hausgemeinschaft aufnehmen und ihm eine gute Kost sowie gesundheitlich einwandfreie Unterkunft gewähren. Auch ist er zur Zahlung einerbaren Vergütung, die sich allerdings nur in mäßigen Grenzen halten wird, verpflichtet.

Der Antrag auf Zuzahlung eines Helfers — mehr als zwei Helfer dürfen nicht zugewiesen werden — ist bei der Gemeindebehörde zu stellen, die den Antrag mit einem Gutachten an das Arbeitsamt weitergibt. Aber auch die Helfer selbst können einen Antrag auf Vermittlung stellen, und zwar unmittelbar beim Arbeitsamt. Die Übernahme der Arbeit durch die Helfer ist eine freiwillige. Die Auswahl erfolgt seitens des Arbeitsamtes im Einvernehmen mit dem Betriebsinhaber, gegen dessen Willen keine Helfer zugewiesen werden sollen. Als Helfer sind vornehmlich jüngere Arbeitslose zuzuwiesen, wobei solche Arbeitslose, die schon im freiwilligen Arbeitsdienst tätig waren, zu bevorzugen sind. Den Helfern können die Kosten der Reise nach dem Arbeitsort und für eine Arbeitsausrüstung erstattet werden.

### Die Regierung schützt die Beamtenrechte

Ämtlich wird mitgeteilt: „Von übelwollender Seite werden Gerüchte verbreitet, wonach die Reichsregierung beabsichtige, nach den Wahlen die Rechte der Beamten anzukosten. Jeder Einsichtige weiß, daß es sich hierbei wieder nur um eine unverantwortliche Wahlmache handelt. Ebenso wie der Reichskanzler hat auch Reichsinnenminister Dr.

Frick bei Übernahme seines Ministeriums erklärt, daß die jetzige Reichsregierung den größten Wert auf ein sauberes, pflichttreues Beamtentum legt, das zum staatlichen Aufbau unentbehrlich ist. Selbstverständlich werden die Rechte eines solchen Beamtentums von der Reichsregierung geschützt werden.“

### Reichsregierung gegen Kürzung der Tariflöhne

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hält die Reichsregierung die Kürzung der Tariflöhne, wie sie lebhafte mehrfach vorgenommen oder verlangt worden ist, wirtschaftlich für unfruchtbar. Das Kabinett wird sich in seiner nächsten Sitzung am Dienstag mit dieser Frage beschäftigen.

### Öffentliche Besichtigung des Reichstags

Das Trümmerfeld im Reichstagsgebäude wurde gestern zur Besichtigung freigegeben. Durch Ketten von SA-Männern wurden mehrere zehntausend Menschen durch das Haus geführt. Der „Völkische Beobachter“ meldet: Das Berliner Polizeipräsidium hat für zweckdienliche Mitteilungen, die zur Ergreifung der übrigen Brandstifter des Reichstages führen, eine Belohnung von 20 000 RM. ausgesetzt.

### Potsdamer Garnisonkirche nur für feierliche Eröffnungsfeier geeignet

In Potsdam wollten gestern die Beauftragten der Regierung, um die Vertikalketten zu besichtigen, die für die geplante Tagung des neugewählten Reichstags vorgeschlagen waren. Dabei wurde die Garnisonkirche zwar für eine feierliche Eröffnungsfeier für geeignet befunden, als Verhandlungsraum für weitere geschäftliche Sitzungen erschien dagegen das benachbarte alte Exerzierhaus, der sogenannte „Lange Stall“, nach entsprechender Einrichtung für geeigneter, besonders deshalb, weil unmittelbar anschließend daran die Räume der Oberrechnungskammer für den Bürobetrieb zur Verfügung stehen.

Wie der „Berliner Börsenkurier“ meldet, haben die Vertreter des Evang. Oberkirchenrates Einspruch gegen den Plan erhoben, in der Potsdamer Garnisonkirche reguläre Parlamentsitzungen abzuhalten.

## v. Papen über Württembergs Stellung im Reich

Eine Rede des Vizekanzlers in Stuttgart über Föderalismus und Unitarismus

— Stuttgart, 4. März. Vizekanzler v. Papen ist gestern nachmittag hier eingetroffen und sprach abends in der Stadthalle auf einer Kundgebung der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot. v. Papen, der bei seinem Erscheinen enthusiastisch begrüßt wurde, führte in seiner Rede u. a. aus:

Wie ich mich in München einer Sprache befleißigt habe, die zum Herzen des bayerischen Volkes dringen wollte, so werde ich auch um das Herz des Schwabenvolkes, indem ich hier ehrlich bekenne, welches meine Ziele sind und welches meine Anschauungen sind, werden. Es wäre falsch, die bayerische und die württembergische Politik miteinander zu identifizieren. Diese Gleichheit der Länder und der Länderinteressen, wie sie der bayerische Ministerpräsident konstruiert und in den Dienst seiner Politik stellen möchte, besteht in Wahrheit gar nicht. Die sogenannte Einheitsfront der süddeutschen Länder ist weniger innerlich als durch parteipolitische Konstellationen begründet. Gerade als Föderalist hätte ich mich, die Dinge in allen deutschen Ländern gleichzusetzen. Der Grad der inneren Eigenständigkeit und des Staatsbewußtseins ist in den deutschen Ländern verschieden. Der Schematismus der Weimarer Verfassung, der zwischen Land und Land nicht unterscheidet, bedeutet deshalb die Verzerrung des föderalistischen Prinzips, die Verewigung des Paragrafenrettes statt der Ruhbarmachung deutscher Vielheit für die deutsche Geschichte. Wer unter „Ländern“ einfach die Rechtsnachfolger der früheren Bundesstaaten verstanden wissen will, vergißt den Wegfall der Dynastien. Wer mit den heutigen Ländern operiert wie früher mit den Bundesstaaten, verurteilt den Föderalismus als rechts- und staatsbildendes Prinzip zum Tode. Man muß das föderalistische Prinzip neu unterbauen. Rechtshistorisch und politisch muß das geschehen, und zwar in zwei Richtungen: in der des Rechtsaufbaues und in jener der Verwaltung.

Die Lebensbedingungen Württembergs sind historisch verschieden von denen Bayerns, die landsmannschaftliche Eigenart bietet hier eine entscheidendere Rolle als das staatsföderalistische Bewußtsein. Württemberg hat deshalb ein gut Teil weniger Attaden gegen den Norden geritten, es hat überhaupt weniger von sich reden gemacht, und trotzdem

kann sich niemand dem Bann der praktischen Aufbauarbeit entziehen, die hier voller Fähigkeit geleistet wurde. Mit welcher Entschlossenheit hat Württemberg dem spartakistischen Spuk ein Ende bereitet! Mit welchen bürgerlichen Tugenden wurde ein sauberes Gemeinwesen entwickelt. Ohne lauten Aufwand und leibenschaffliche Aufwallung wurde hier die praktische Ausmerzung marxistisch-kollektivistischer Bestrebungen vollzogen, soweit dies im Rahmen der Reichspolitik möglich war. Die Württemberger sind vielfach der einzige Volkstamm, der ein Mindestmaß von Voraussetzungen für eine Demokratie mitbrachte. Er versteht deshalb vielleicht nicht recht, warum die antidemokratische Bewegung im Reich so angewachsen ist. Bei aller Achtung vor den demokratischen Tugenden der Schwaben muß betont werden, daß eben anderswo diese demokratischen Voraussetzungen fehlen und nicht dadurch künstlich erzeugt werden, daß man feierlich den Verfassungstag von Weimar begeht. Württemberg hat eine glückliche soziale Struktur. Wenn ich die Wiedereinwurzelung des deutschen Arbeiterstandes als die Aufgabe des 20. Jahrhunderts bezeichne, so wird mir gerade bei meinem hiesigen Aufenthalt klar, in wie hohem Grade dieses Land richtunggebend sein kann. Ein Blick auf die württembergischen Finanzen beweist, daß hier nicht haffardiert, sondern verantwortlich verwaltert wird. Hier in Württemberg waren Demokratie und Liberalismus konservativ gehemmt, im deutschen Norden wurde der Liberalismus ab absurdam geführt.

Die Rede des Vizekanzlers, die oft von Zustimmungsgundgebungen unterbrochen wurde, fand zum Schluss stürmischen, langanhaltenden Beifall. Vizekanzler v. Papen ist nach der Kundgebung nach Köln abgereist.

### Kommunistischer Sabotageakt

200 000 Liter Benzin ausgelassen

U. Hannover, 4. März. Auf der Gewerkschaft Deutsche Erdölindustrie (Deurag) am Misburger Hafen wurde ein Sabotageakt verübt, der leicht zu großem Unheil hätte führen können. Es wurde ein 800 Tonnen Benzin enthaltender

## Tages-Spiegel

Das Reichskabinett wird am Dienstag zusammentreten, um zu dem Ausgang der Reichstagswahlen Stellung zu nehmen.

Am Sonntag verankert der Stahlhelm zu Ehren des Reichspräsidenten einen Vorbeimarsch an dessen Wohnung. An dem Marsch werden etwa 24 Bataillone mit etwa 20 000 Mann aus allen Teilen des Reiches teilnehmen.

Der Berliner Polizeipräsident hat 20 000 RM. als Belohnung zur Aufklärung des Reichstagsbrandes ausgesetzt.

Der Vertreter Deutschlands auf der Abrüstungskonferenz hat erneut in scharfer Weise gegen die Verschleppungstaktik auf der Konferenz protestiert.

In den Vereinigten Staaten von Amerika steht man vor der Alternative, entweder eine staatliche Garantie für Bankeinlagen in irgendeiner Form zu verkünden oder die völlige Bankenschiebung anzunehmen.

In Japan hat sich eine furchtbare Erdbebenkatastrophe ereignet, welche nahezu 3000 Todesopfer und ungeheuren Sachschaden geordert hat.

Behälter geöffnet, so daß etwa 200 000 Liter ausflossen und das ganze Werk sowie das Gelände in weitem Umfange in die Gefahr der Explosion brachten. Zum Glück wurde der Vorfall rechtzeitig entdeckt, so daß Unheil verhütet werden konnte. Man nimmt an, daß die Täter Kommunisten sind. Es handelt sich zweifellos um einen verbrecherischen Akt größten Umfanges.

Bei der Durchsuchung der Wohnung eines Berliner SPD-Angehörigen wurden neben 30 Pfund illegalem Zersetzungsmaterial vier Blechbüchsen mit etwa 2 000 Sprengkapseln gefunden.

### SPD-Führer Thälmann verhaftet

Der Vorsitzende der kommunistischen Partei Deutschlands, der frühere Reichstagsabgeordnete Ernst Thälmann, von dem man angenommen hatte, daß er nach Dänemark entkommen wäre, ist, wie der „Tag“ berichtet, am Freitagnachmittag in seinem Unterschlupf in Charlottenburg von Polizeibeamten überraschend festgenommen worden.

### Feuerüberfälle in Köln und Düsseldorf

Bei einem Umzug der SA durch Köln wurde in einer von Kommunisten stark bevölkerten Straße plötzlich von mehreren Dächern eine ganze Anzahl Schüsse abgegeben. Die gesamte Straße wurde sofort abgesperrt und jedes Haus durch ein größeres Aufgebot von Beamten der Schutz- und Kriminalpolizei durchsucht. Angehörige der SA und SA-Stellen sich herrettwillig zur Durchsuchung zur Verfügung.

In Düsseldorf wurde in der Behrenstraße ein Zug Nationalsozialisten aus Dachlaken und Kellerfenstern beschossen. Hierbei wurde der Nationalsozialist Julius Hoffmann durch Herzschuß tödlich getroffen. Die unter Führung der Schutzpolizei den Zug sichernde Hilfspolizei erwiderte das Feuer. Eine Zivilperson, Friedrich Marquardt, ist durch Querschläger erschossen worden. Eine weitere Person wurde schwer verletzt. Mehrere Teilnehmer des Zuges erlitten leichtere Schußverletzungen.

### Erdbebenkatastrophe in Japan

Japan ist wieder von einem schweren Erdbeben betroffen worden, das vor allem den nördlichen Teil der japanischen Hauptinsel Honshin heimsuchte. Nach dem Bericht einer japanischen Nachrichtenstelle hat das Erdbeben 200 Todesopfer geordert, wobei noch hundert weitere Personen vermisst werden. Am schwersten heimgesucht wurde die Küstenstadt Kamaischi. Dort wurden über 1000 Häuser nach dem Erdbeben von einer Flutwelle hinweggespült. Später brach ein Brand aus, der über 2000 Gebäude zerstörte. Auch in Umgebung der Stadt Misaki wurden Hunderte von Häusern durch die Flutwelle zerstört. Von dort werden 17 Tote, 15 Verwundete und 30 Vermisste gemeldet. Über 240 Häuser mußten geräumt werden. In Tokio und Yokohama wurden viele Häuser durch das Erdbeben schwer erschüttert. Die Bevölkerung floh auf die offenen Plätze. In Tokio und anderen Großstädten hat sich jedoch kein größerer Schaden ereignet. In Yokohama versagte lediglich auf kurze Zeit die elektrische Stromversorgung. Das Erdbeben in Japan wird von der englischen Erdbebenwarte als das stärkste seit den letzten 20 Jahren bezeichnet.

Nach einer amtlichen Verlautbarung hat die Erdbebenkatastrophe 1535 Todesopfer geordert. 948 Personen werden vermisst, 338 sind verletzt. Man befürchtet jetzt, daß die Gesamtzahl der Todesopfer auf 3000 steigt.

# Der Kampf der Parteien um die Entscheidung

In Massenkundgebungen der NSDAP in Berlin sprach Reichskanzler Hitler und Reichsminister Goering. Der Reichskanzler sprach im Sportpalast. Er erklärte u. a.: der Marxismus baut auf auf einer Zersplitterung des Volkstörpers, die zu einer allgemeinen Schwächung des Volkstörpers führen muß. Der Marxismus geht aus von dem Gedanken der Gleichheit der Lebewesen und baut darauf auf eine Lehre, die sich bewußt als international bezeichnet. Diese Lehre der Gleichheit der Menschen, der Rassen und Individuen ist wissenschaftlich längst widerlegt. Sie ist irrtümlich, sie ist nicht in der Wirklichkeit vorhanden, sie setzt die höheren Werte herunter, senkt die Lebensansichten. Der zweite Gedanke, auf dem sich der Marxismus aufbaut, ist der Gedanke der Demokratie. Er führt dazu, daß die Fähigkeiten und die Genialität erwirgt werden von der Zahl und der Masse. Das menschliche Leben baut auf auf den Leistungen einzelner Menschen. Wir sehen überall die Wirklichkeit des Persönlichkeitswertes. Hier liegen die höchsten nationalen Werte, die es überhaupt gibt. Das Volk ist 14 Jahre lang vom Durchschnitt registriert worden. Den Kampf gegen den Kommunismus nehmen wir auf, nicht, weil wir für den Kapitalismus schwärmen; denn ich bin ja selbst ein Kind des Volkes, sondern weil wir das Volk vor einer neuen ungeheuren Enttäuschung bewahren wollen. Unser Programm ist entgegengesetzt ihrem Programm des Irrsinn und Wahnsinns. Wir wollen die Idee der Gemeinschaft begründen, unsere Kräfte einsetzen zur Erhaltung der Lebensnotwendigkeiten. Im deutschen Boden, im deutschen Bauern und im deutschen Arbeiter sehen wir die Wurzeln unserer Kraft und unseres Lebens. In der Erziehung zum Widerstand sehen wir die Voraussetzungen zur Behauptung des Lebens. Wir haben ein kostbares Gut zu verwalten, das ist das deutsche Volk. Ich sehe vielleicht den kostbarsten Teil in dieser gesunden breiten Masse, die noch fähig ist, zu glauben, zu vertrauen und sich einzusetzen. Sie muß in Schutz genommen werden. So wie wir aus Arbeitern, Bauern, Mittelständlern, Beamten, Angestellten, Hochschülern die deutsche Volksgemeinschaft gebildet haben, so werden wir auch in jäher Arbeit das Deutsche Reich wieder aufrichten.

Reichsminister Goering führte u. a. aus: Wenn heute in ausländischen Zeitungen geschrieben werde, die Nationalsozialisten hätten den Reichstag anzünden lassen, um eine Unterlage für die Bekämpfung von Marxismus und Kommunismus zu haben, so habe er, der Minister, darauf zu erwidern: Einmal brauche er nicht diesen Brand, um gegen den Kommunismus vorzugehen, dessen Verbreitung ihm schon genug Grund gegeben habe, und wenn es weiter nach seinem eigenen Willen gegangen wäre, so könnte man sich heute davon überzeugen, daß der oder die Täter gegenüber vom Reichstag am Galgen hängen würden. Goering rief im weiteren Verlauf seiner Rede aus: Eines ist sicher, die gefährlichsten Kommunisten werden, solange wir leben, nicht wieder nach Deutschland zurückkommen. Die Einheit des Reiches ist noch gewahrt. Sie würde aber leere Form bleiben ohne die Einheit des Volkes. Es muß gelingen, die Verführer zu beseitigen und die Verführten wieder zurückzugewinnen.

In einer Kundgebung der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot in Frankfurt a. M. wurde eine Rede des Vizekanzlers v. Papen aus München übertragen. Papen

führte u. a. aus: Aus unserer Arbeit muß ein Staat aus deutschem Eigenwesen wachsen oder wir haben unsere Rolle als weltgeschichtliches Volk ausgespielt. Ohne den deutschen Arbeiter kann der deutsche Staat nicht aufgebaut werden. Die nationale Bewegung wird nicht in den Fehler verfallen, daß sie die Politik nur für einen Teil des Volkes macht. Der Bund der nationalen Regierung wird weit über den 5. März hinausreichen, weil er eine große und unendlich wichtige Aufgabe übernommen hat, die nicht nur eine deutsche, sondern eine weltgeschichtliche Aufgabe ist.

Reichsinnenminister Dr. Frick sprach in Freiburg auf dem Münsterplatz vor einer nach Zehntausenden zählenden Menschenmenge. Er erklärte dabei, er hätte es begrüßt, wenn am nächsten Sonntag mit dem Reichstag und dem Preussischen Landtag gleichzeitig alle anderen Länderlandtage neu gewählt worden wären. Das sei nicht gelungen. Leider gebe es noch eine Reihe von Länderregierungen, die glauben, eine andere Politik treiben zu können als die, die die Reichsregierung für richtig halte. Er sei als Reichsminister verschiedentlich genötigt gewesen, dagegen Stellung zu nehmen, da in den Ländern andere Richtlinien der Politik bestünden als die des Reiches. Er hoffe, daß die Mahnungen der Reichsregierung an einzelne Regierungen genügt, um diesen Versuchen Einhalt zu gebieten. Denn als Reichsminister habe ihm nichts ferner als unnütze Konflikte mit den Ländern zu haben und er lege durchaus Wert auf eine friedliche Zusammenarbeit mit den Länderregierungen. Wir werden aber — so sagte Innenminister Frick — den Willen der Reichsregierung durchsetzen, selbst wenn dabei die Autorität der Länderregierungen Schaden tragen sollte. Er hoffe aber, daß es nicht so weit kommen werde.

Der Führer der Zentrumsparlei, Prälat Kaas, sprach in einer großen Kundgebung in Trier. Er führte u. a. aus: Schon gingen Pläne der interessierten Kreise um, die darauf hingingen, den Staatsgerichtshof zu beseitigen. Aber er warne nochmals, da von der Paragraphenrevolution von oben bis zur Barrikadenrevolution von unten geistig nur ein kleiner Schritt sein könne. Die Sammlung könne nur von der Mitte bis rechts gehen, da Bindungen nach links aus rein ziffernmäßigen wie auch sachlichen Gründen längst erloschen seien. Im Augenblick könne man keine Politik nach Vorkriegsart treiben. Es sei unmöglich eine durchgreifende Außenpolitik durchzuführen aus zersplitterter innerer Front heraus.

Staatspräsident Dr. Volz sprach in Karlsruhe in einer Versammlung des Zentrums. Er führte aus: Es gebe heute um zwei Fragen: wie komme das Volk wieder zum inneren Frieden und wie werde man über die Wirtschaftskrise Herr? Dr. Volz wandte sich gegen die Anklagen, daß die Regierungen der letzten vierzehn Jahre ein Trümmerfeld hinterlassen hätten. Die jetzige Regierung müsse erkennen, daß eine einseitige Landwirtschaftspolitik falsch sei. Das Zentrum befürchte, daß der neue Kampf Zerschlagung des Volkes mit sich bringe, aber keine Sammlung. Auch andere Politiker hätten den Kommunismus bekämpft, wenn auch nicht so scharf, wie dies jetzt geschehe. Die gesamte Vernichtung des Marxismus bedeute eine Kampfanlage schärfster Art. Die Stunde des Zentrums werde wiederkommen. Es sei seine Aufgabe, die Verfassung zu schützen und für sie zu kämpfen.

Er wünsche aber, daß dem Beschluß in Zukunft Rechnung getragen werde.

## Braun--Severing gegen Angriff

Das Urteil zu dem Antrag auf eine einstweilige Verfügung — Berlin, 8. März. Die 19. Zivilkammer beim Landgericht I verkündete das Urteil in dem einstweiligen Verfügungsverfahren Braun-Severing gegen den „Angriff“. Das Urteil erging dahin, daß dem „Angriff“ bei Vermeidung einer vom Gericht jenseits festzusetzenden Geldstrafe verboten ist, weiterhin Behauptungen aufzustellen, aus denen der Vorwurf oder der Verdacht zu entnehmen sei, daß sich Braun-Severing aus Staatsgeldern persönlich bereichert hätten. In den übrigen Punkten wird der Antrag Braun-Severing, eine einstweilige Verfügung zu erlassen, abgelehnt. Die Kosten fallen zu neun Zehntel Braun-Severing und zu einem Zehntel dem „Angriff“ zur Last.

Der Pressebienst der Deutschen Volkspartei bezeichnet die Behauptung der nationalsozialistischen Presse, die Deutsche Volkspartei habe während der Ministerfähigkeit von Severing aus irgendwelchen amtlichen Fonds finanzielle Zuwendungen erhalten, als freie Erfindung.

## Verlustliste der politischen Kämpfe

Bei politischen Zusammenstößen in Berlin wurde ein 23jähriger Arbeiter erschossen. Zwei angeblich parteilose Männer und ein SA-Mann erlitten zum Teil schwere Schußverletzungen. In Bremen forderten Schießereien einen Toten, einen Schwer- und mehrere Leichtverletzte. 18 Nationalsozialisten wurden verhaftet. In Buchau bei Neurube beschossen Reichsbannerleute Nationalsozialisten. Ein Reichsbannermann erschlug im Handgemenge irrtümlich einen Parteigenossen. In Pirmafen wurde der Reichsbannerführer Hübler durch drei Revolvergeschosse tödlich verletzt. In Höchst im Odenwald kam es zu blutigen Zusammenstößen innerhalb der Stadt. Ein SA-Mann wurde tödlich, drei Angehörige der Eisernen Front schwer verletzt. In der Bremer Vorstadt Hemelingen versuchten Kommunisten gefälschte Regierungskundgebungen anzuführen, die in der Aufmachung durchaus den amtlichen Bekanntmachungen entsprachen. Sie waren mit dem Reichsadlerstempel der Reichskanzlei und der gefälschten Unterschrift Adolf Hitlers versehen. Als Herstellerin wird die Reichsdruckerei angegeben. In dem Text waren sämtliche bekannten Parolen der Reichsregierung genau in das Gegenteil verkehrt.

## Reichstagszusammentritt in Potsdam

Das Innere der Garnisonkirche in Potsdam

Die erste Sitzung des neuen Reichstags, der nicht mehr im Ballotbau tagen kann, soll nach einem Beschluß des Reichskabinetts in der Potsdamer Garnisonkirche stattfinden. Das Kabinett will damit der Reichstagsöffnung zugleich auch eine sinnbildliche Bedeutung geben. In Preußen, die der Regierung nahesteht, nimmt man an, daß das Parlament in Potsdam nur eine einzige Sitzung abhalten wird. Ihren Verlauf denkt man sich so, daß General Litzmann, wie schon beim letztenmal, als Alterspräsident den neuen Reichstag mit einer Ansprache eröffnen wird. Im Anschluß daran wird der Reichstagsvorsitzend voraussichtlich durch Zuzug gewählt. Dann dürfte der Reichskanzler selbst die Regierungserklärung abgeben und das Haus ohne weitere Aussprache die Vertagung bis zum November beschließen. Von anderer Seite verlautet, daß zu weiteren Sitzungen des Reichstages die in der Nähe des Reichstagsgebäudes gelegene Kroll-Oper benützt werden soll.



Es ist nicht das erste Mal, daß ein deutsches Parlament in einer Kirche tagt, hat doch die Nationalversammlung von 1848/49 in der Frankfurter Paulskirche stattgefunden. Die Potsdamer Garnisonkirche ist in den Jahren 1780/86 errichtet worden. Ihr 88 Meter hoher Turm, von dem alle halbe Stunde das Glockenspiel „Aeb' immer Treu und Redlichkeit“ erklingt, ragt als eines der ältesten Potsdamer Wahrzeichen über der Stadt. In diesem Gotteshaus befinden sich auch die Gräber Wilhelms I. und Friedrichs des Großen. In der Garnisonkirche schloßen am 8. November 1806 Friedrich Wilhelm III. und Alexander der I. von Rußland ihr Bündnis. Am 24. Oktober 1806 weihte Napoleon I. an der Gruft Friedrichs des Großen und sprach hier zu seinen Offizieren die Worte: „Meine Herren! Nehmen Sie den Hut ab! Wenn der Mann noch lebe, können wir heute nicht hier“. An der Kanzel befinden sich die Heilzeichen des Gardekörps. Einen befördernden Ehrenplatz haben die Fahnen des ersten Garde-regiments zu Fuß über dem Sarg Friedrich Wilhelms I.; Stanbarten des Gardekörps und des Grenadierregiments König Friedrich II. hängen über dem Grabe des großen Königs.

## Kleine politische Nachrichten

Die Ubergabefahrt der „Deutschland“. Die Deutschen Werke mitteilen, hat die Ubergabefahrt des Panzerschiffes „Deutschland“ ebenso wie die vorangegangenen Wertprobefahrten ein durchaus einwandfreies Arbeiten der Hauptmaschinen, aller Hilfsmaschinen sowie der Artillerie und guten See-Eigenschaften des Schiffes ergeben. Es ist beabsichtigt, daß Schiff am 1. April kurz vor dem Stapellauf des Panzerschiffes „Ersatz Vohringen“ in Wilhelmshaven in Dienst zu stellen.

Der englische Heereshaushalt. Der soeben veröffentlichte Heeresvoranschlag für das kommende Finanzjahr beträgt 37 950 000 Pfund. Dies bedeutet eine Zunahme um 1 402 000 Pfund gegenüber dem Vorjahre, jedoch eine Verminderung um zwei Millionen verglichen mit 1931.

Die amerikanische Bankenkrisis greift immer weiter um sich. Die Staaten Oregon, Nevada, Arizona, Texas und Idaho haben jetzt gleichfalls Zwangsfeierstage festgesetzt. Es haben jetzt 21 amerikanische Bundesstaaten Bankfeiertage oder Auszahlungseinschränkungen eingeführt. In Kalifornien, Louisiana und Mississippi erfolgte die Erklärung des Bankfeiertages zwangsweise.

## Gedenket der hungernden Vögel

## Vorstöße im Reichsrat

gegen die Erlasse Goerings

Der Reichsrat trat im ehemaligen Bundesratsaal des Auswärtigen Amtes zusammen. Eingang wurde festgestellt, daß der Reichsrat die Brandstiftung im Reichstag auf das schärfste mißbilligt und eine Abndung dieser Tat mit allen Mitteln erwarte. Vor Eintritt in die Tagesordnung entspann sich eine längere bewegte Auseinandersetzung über die Verfassungsmäßigkeit der Erlasse des kommissarischen preussischen Innenministers.

Der Vertreter der Provinz Sachsen hat um eine Aenderung der Reichsregierung zu den letzten Erlassen des Reichskommissars Goering, die nach seiner Auffassung mit den Artikeln 109 und 114 der Reichsverfassung nicht in Einklang gebracht werden könnten. Der eine Erlaß bezeichne nur SA und Stahlhelm als nationale Verbände und betrachte Verbände wie das Reichsbanner und die Jugendorganisationen des Zentrums nicht als nationale, sondern rechne sie zu den feindlichen Gruppen. Der andere Erlaß an die Beamten stelle einen unerträglichen Gewissenszwang für diese dar. Auf den Einwurf des Vorsitzenden, daß der Reichsrat eine ganz andere Tagesordnung zu erledigen habe, erwiderte der Redner, er sei als Mitglied des Reichsrats berechtigt, Anfragen an die Reichsregierung zu stellen. Er vertrat die Auffassung, daß der Beamtenerlaß nicht mit der Reichsverfassung in Einklang stehe. Schließlich wandte er sich auch gegen den Erlaß über die Hilfspolizei und dagegen, daß Schutzpolizei mit der Hafenkreuzfahne durch Berlin marschieren sei. Der Vorsitzende entgegnete, er sei nicht in der Lage, auf diese Frage zu antworten, da es sich um innerpreussische Angelegenheiten handle.

Der Vertreter der Provinz Westfalen bezeichnete es als selbstverständlich, daß die Reichsregierung alle möglichen Maßnahmen gegen die gemeinen Verbrecher, die die Brandstiftung vorgenommen hätten, anwende. Es sei aber tief bedauerlich, wenn Personenkreise ohne genügenden Grund verhaftet würden. Die Bezeichnung einzelner Verbände als nationale unter Ausschluß anderer Verbände sei ungerecht.

Ein Antrag, die Sitzung auf eine Stunde zu vertagen, und die verantwortlichen Minister zur Auskunftserteilung herbeizurufen, fand keine ausreichende Unterstützung. — Der bayerische Gesandte erinnerte an den Beschluß des Reichsrates, bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs nur dringliche Angelegenheiten zu beraten. Diesem Beschluß trage die Tagesordnung der Sitzung nicht in allen Teilen Rech-

## Amtl. Bekanntmachungen

### Öffentliche Mahnung.

Es wird hiermit an die am 10. März fällige Einkommensteuervorauszahlung und an die Umsatzsteuervorauszahlung für den Monat Februar erinnert. Vom 20. März ab werden die rückständigen Beträge nebst Kosten und Verzugszuschlägen mit 1 v. H. monatlich ab Fälligkeitstag beigetrieben. Einzelmahnungen ergehen nicht. Kassen- und Sprechstunden nur von 8-12 Uhr; nachmittags geschlossen.

Hirsau, 4. März 1933.

Finanzamt.

## Oberpostdirektion Stuttgart. Bergebung v. Hochbauarbeiten

für den Neubau der Postkraftwagenhalle in Calw, und zwar:

Grab-, Beton-, Maurer-, sowie Eisenbetonarbeiten

Die Vergabung erfolgt auf Grund der Verbringungsordnung für Bauleistungen (B. D. B.) aufgestellt vom Reichsverdingungsausschuss August 1925 (Neueste Auflage). Die Unterlagen können bei dem unterzeichneten Amt in der Zeit vom 3. März bis 9. März 1933 abgeholt werden. Angebote sind verschlossen mit entsprechender Aufschrift versehen, ebenda bis 10. März, vormittags 11 1/2 Uhr, einzureichen. Zu dieser Zeit findet die Eröffnung statt, welcher die Bieter beizubehalten können.

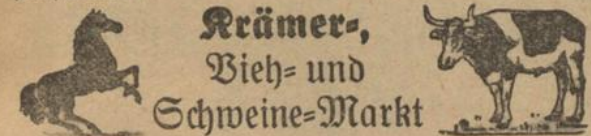
Bauleitung für den Neubau Postkraftwagenhalle Calw.

Calw, den 1. März 1933.

Calw, Postamt.

## Stadtgemeinde Calw.

Zu dem am nächsten **Mittwoch, den 8. März 1933,** stattfindenden



**Krämer-,  
Bieh- und  
Schweine-Markt**

ergeht Einladung.

Die üblichen gesundheitspolizeilichen Bedingungen bezüglich des Vieh- und Schweinemarktes sind einzuhalten. Ueber die Dauer des Krämermarktes dürfen größere Fuhrwerke, namentlich Britschenwagen und beladene Langholzwagen den Marktplatz nicht befahren.

Bürgermeisteramt: G ö h n e r.

## Bezirksobstbauverein Calw.

### Die Spritzung der Obstbäume

wird von Baumwart Hans Koller in Sonnenhardt auf Antrag ausgeführt werden.

Wegen Einteilung des Geschäftes wollen bei demselben sofort Bestellungen gemacht werden.

Der Vorstand.

## Erika



auf kleine  
Raten:  
Erster  
Schritt zu  
großen  
Raten!

Raten zu RM. 10.— oder 20.—  
Gebrauchte Maschinen  
werden in Zahlung genommen  
Chr. Widmaier, Calw, Bischofstraße 8

## Bestellen Sie Ihr Heimatblatt das Calwer Tagblatt!

### Reizende Aquarelle

von Calw und Umgebung, Rottenburg, Nürtingen usw.  
für nur RM. 3.—

Ernst Kirchherr  
Buch- u. Papierhandlg.

1 Gartenhaus (Lande)  
sowie  
2 Blumenstockbretter  
werden verkauft

Altburgerstraße 66  
Carl Weizer

Senden Sie Ihren Angehörigen ins Ausland das „Calwer Tagblatt“!

## Warum Minister Dr. Maier?

**Weil** er ein ehrlcher Treuhänder aller Zweige der schwäbischen Wirtschaft ist,  
**Weil** er die Forderungen Württembergs gegenüber dem Reich, sowohl als Minister, wie als Abgeordneter mit großer Entschiedenheit und Erfolg vertreten hat,

**Weil** er immer rechtzeitig auf Gefahren für unsere heimische Wirtschaft hingewiesen und sie zum guten Teil abgewendet hat,

**Weil** er ein zuverlässiger Kämpfer für Volksrecht und Volkswohlfahrt ist.  
**Wer Hugenberg und Dingeldey wählt, hilft Hitler!**  
**Darum Liste 9 (Deutsch-Demokratische Partei)**  
Minister Dr. Reinhold Maier

**Zur grossen nationalen Front**

**Block der Vernunft**

Arbeitnehmer  
Arbeitgeber  
Bauern  
Beamte  
Mittelstand  
Sparer

**Deutsche Volks-Partei**

Liste 7

Wer christlich-sozialen Volksdienst wählt, wählt Zentrum.  
Wer Zentrum wählt, wählt den Steigbügelhalter der Sozialdemokratie.

Wer direkt oder indirekt sozialdemokratisch wählt, ist Wegbereiter zum Bolschewismus.

Wer die bolschewistische Gefahr verhindern will, wählt:

## Kampffront Schwarz-Weiß-Rot Liste 5

**Lederfett  
Lederöl**  
in gelb und schwarz  
empfiehlt  
K. Hauber

**Konfirmandenhüte**  
in großer Auswahl, billigst bei  
**W. Schäberle**

Heute Abend 8 Uhr  
auf dem Marktplatz in Calw

Übertragung der Rede des

Reichskanzlers Hitler

mittels Lautsprecher.

## Hugenberg's Ministergehalt

Unzählig sind die Märchen, die über Hugenberg verbreitet werden.

Dass er für seine 5 Ministerposten das fünffache Ministergehalt bekomme, ist die neueste Erfindung.

Dabei stellt er das eine Ministergehalt, das er wirklich erhält, für diejenigen nationalen Zwecke zur Verfügung, denen seine ganze Arbeit gewidmet ist.

Aber er spricht nicht davon.

## Turnverein Calw v. 1846

Die

## Generalversammlung

findet am kommenden **Dienstag, den 7. März** ds. Js. im **Sabischen Hof** hier statt.

### Tagesordnung:

Die übliche und Aufstellung einer neuen Vereinslagung. An unsere aktiven und passiven Mitglieder ergeht hiermit freundliche Einladung.

Calw, den 4. März 1933.

Der Turnrat.

Hirsau, den 3. März 1933.

## Todes-Anzeige



Verwandten und Bekannten machen wir die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau, unsere herzengute Mutter, Großmutter, Schwester und Tante

**Katharina Maier**  
geb. Hauser

nach kurzem, schweren Leiden sanft eingeschlafen ist.

In tiefer Trauer:

Heinrich Maier, Zugführer a. D.,  
mit Angehörigen

Beerdigung Sonntag nachmittag 8 Uhr

## Um milde Gaben für Erstkommunikanten

bittet das **Kathol. Stadtpfarramt**  
S. B. Vikar Hagenmayer.

## Frühjahrs-Neuheiten

tägl. Neueingänge

**C. Berner**

Pforzheim, Metzgerstr.

## Altburg

Heute Samstag und morgen Sonntag halte ich

## Mehlsuppe

und lade hierzu höflichst ein

Georg Rusterer, zum Ochsen

**Markt**-Anzeigen aller Art wollen Sie rechtzeitig in unserer Geschäftsstelle aufgeben!

Geht zur Wahl, laßt Euch nicht halten,  
Helft das Leben zu gestalten,  
Daß es lebenswert und frei. **Liste 2**  
Darum wählt nur

## Zur Aufklärung!

Es ist nicht leicht, bei der diesmaligen Wahl richtig zu wählen, da man fast nur die eine „Front“ zu hören und zu sehen bekommt. Um aber einigermaßen ein zutreffendes Bild von der Gesamtlage sich machen zu können, muß man sich folgendes vor Augen halten.

Die gesamte Presse steht unter einem gewaltigen Zensurdruck. Auch bei Zeitungen, denen man bisher sein Vertrauen geschenkt hat und hat schenken können, gibt, daß sie fast nur noch amtliche Nachrichten zur Verbreitung bekommen und nicht frei ihre Meinung schreiben dürfen. Man muß also mehr darauf achten, was zwischen den Zeilen zu lesen ist, was nur angedeutet ist und namentlich auf das, was nicht zu finden ist. (In Berlin wurde zum Beispiel eine Zeitung wegen gewisser Handels- und Börsenberichte verboten.) Kurz: das gesamte Nachrichtenwesen, soweit es zugelassen ist, dient zur Zeit der Wahlpropaganda der hinter der Regierung stehenden Parteien und nicht der Nachrichtenübermittlung und Aufklärung.

Vor dem Brand des Reichstagsgebäudes bildeten das Hauptpropagandamittel und den eigentlichen Wahlschlager die zwei Millionen, die die soz. dem. preussischen Minister Braun und Severing aus Steuergeldern gestohlen hätten. Damit entsetzte wenigstens der Führer der nat. soz. Partei allenthalben die stärksten Weisfallstürme. Gleichzeitig aber nahm Herr v. Papen, der gewiß nicht ihr Freund ist, die Minister gegen diesen Vorwurf in Schutz, und preussische Gerichte unterlagten die Weiterverbreitung dieser Vorwürfe. Inzwischen ist der Brand des Reichstagsgebäudes eingetreten, und dieser wird nun als Propagandamittel mit einem Eifer ausgeschlachtet, der einer besseren Sache wert wäre, etwa der Erfüllung von einigen Versprechungen, wie Arbeitsbeschaffung, Aufhebung der Notverordnungen oder gar Zerreißung des Versailles Vertrags. Durch diesen Kommunifschreck läßt sich das deutsche Volk hoffentlich nicht aus der Fassung bringen. Voriges Jahr, am 2. August 1932, berichtete die nat. soz. Presse, es seien Dokumente gefunden worden, die beweisen, daß die Kommunisten Attentate auf ihre eigenen Führer planten, um ihre Anhänger und die Bevölkerung gegen die Nationalsozialisten aufzuwiegeln. Die ernst zu nehmende Presse nahm damals von der Sache kaum Notiz; es war auch nichts Wahres daran. Als im Oktober 1924 in England Wahlen stattfanden, gelang es vorher, einen ähnlichen Kommunifschreck zu erzeugen, und die Reichspartei errang darauf einen überwältigenden Sieg. Man sollte daraus lernen.

Durch die offizielle, täglich zu hörende Geschichtskunde der letzten 14 Jahre läßt sich der nicht irre machen, der weiß, daß die deutsche Geschichte nicht erst 1918 begann, und der vorher und nachher die Ereignisse denkend verfolgt hat. Aber vielleicht darf man fragen:

Hat Hitler die fremden Besatzungen aus dem Rheinland gejagt?

Hat Hitler die Tribute an die Feindmächte befreit?

Haben die „Novemberparteien“ die 12 Millionen Arbeitslose auch in Amerika verschuldet?

Noch über die Vergangenheit zu streiten, ist das wertlose Geschäft der Wahlredner; der Zukunft gilt unsere Sorge.

Soll in Zukunft für den Beamten allein das Parteibuch entscheiden?

Soll der Richterhand seine Unabhängigkeit verlieren und Diener einer Partei werden?

Sollen die Fabriken ihren Auslandsabsatz verlieren und das Heer der Arbeitslosen sich weiter vermehren?

Wird durch die schwindende Kaufkraft der Städtbevölkerung der Bauer seine Erzeugnisse noch schwerer verkaufen als heute?

Das ist ein Teil der drohenden Gefahren, und wir in Württemberg haben noch etwas zu verlieren. Wir müssen uns wehren. Wir müssen der Besonnenheit im neuen Reichstag wenigstens zu ein paar Vertretern verhelfen. Wir müssen die Abwehrkräfte der Landesregierung stärken. Wir können das, indem wir am Sonntag

## Liste 9

### Deutsche demokratische Partei

wählen.

Die Demokratie verteidigt

die Rechte des Volkes,  
die Freiheit des Einzelnen,  
das Gedeihen der Wirtschaft,  
das Wohl des Bauern und Arbeiters gerade so wie das des gewerbetreibenden Mittelstands und der Beamten.

Die Demokratie verteidigt die gesamte deutsche Kultur.

Kein Sklavenvolk kann Träger der Kultur sein, nur freie Menschen können das.

## Wählt Liste 9.

Sie beginnt mit Wirtschaftsminister Dr. Reinhold Maier und Gärtnereibekker Hausmann. Ueberflüssige Stimmen werden auf der soz. dem. Reichsliste für die dort eingereichten Demokraten berechnet, so daß keine Stimme der demokratischen Partei verloren geht, wie es bei der letzten Wahl leider außerhalb Süddeutschlands der Fall war.

**Freiwillige Sanitätskolonne Calw**  
Morgen Sonntag fehr 1/8 Uhr  
Bollzähl. Antreten der Kolonne  
im Lokal. Volksh. Ausrichtung!

## Öffentlicher Vortrag

morgen Sonntag, 5. März nachm. 3 Uhr im Saal Marktplatz 30 Calw

Thema: „Warum müssen die Erdbeben immer häufiger auftreten und welches ist das Endschicksal unfr. Erde?“  
Redner: H. Schulte  
Eintritt frei!

**Steuerverklärungen**  
fertigt zuverlässig und verschwiegen  
Bücherrevisor  
Albert Abenheimer  
Calw, Schillerstr. 1, bei d. Neuen Handelsschule  
Sprechstunden tägl. von 8-13 Uhr, nachm. n. nach vorheriger Vereinbarung

**Kurzgefügtes, gepaltes Buchenholz**  
liefert billigt frei vor das Haus  
Blank & Stoll  
meh. Holzwarenfabrik  
Telefon Nr. 52

**Stumpfenreparaturen**  
Lassen Sie Ihre nur bei FRANZ Schoenen machen

**Sie schädigen sich selbst,**  
wenn Sie eine Zeitung halten, die nicht in der Lage ist, Sie mit den Wirtschaftsfragen auf dem Laufenden zu halten, die für Sie und Ihre Wirtschaft in Betracht kommen.

**Vor Schaden bewahren Sie sich,**  
wenn Sie eine Zeitung lesen, die ein genaues Spiegelbild des gesamten Wirtschaftslebens des Bezirks gibt. Darum bestellen Sie das Calwer Tagblatt, das Sie über alle Vorkommnisse im Bezirk unterrichtet.

Zum sofortigen Eintritt  
**Mädchen**  
im Alter von 16-20 Jahren für Landwirtschaft gesucht.

Von wem, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

1 Wurf kräftige, ans Freßen gewöhnte

**Milchschweine**  
verkauft  
Johannes Schniger, Emberg

**Einen Jungtier**  
10-11 Zentner schwer verkauft  
F. Auer, Weltenschwann

# Württembergische Volksparteiler schließen sich der Kampffront an — Liste 5

## „Wir wollen uns nicht ausschalten lassen“

Die Ortsgruppe Eßlingen der Deutschen Volkspartei veröffentlicht einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

Jetzt stehen sich bei der Wahl am 5. März zwei Fronten gegenüber: die nationale Front, gebildet aus Männern der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen Volkspartei und des Stahlhelms, und auf der anderen Seite die schwarz-rot-goldene bzw. rote Front, bestehend aus Zentrum, Demokratie, Sozialdemokratie und Kommunismus. Die kleinen, dazwischenstehenden Parteilgruppen sind einstweilen ohne Geltung. Die Versuche, auch die Deutsche Volkspartei in die schwarz-weiß-rote Front einzugliedern, sind gescheitert. Durch wessen Schuld, wollen wir nicht untersuchen. Wir halten uns an die Tatsache.

Diese kann uns aber nicht veranlassen, verärgert beiseite zu stehen. Wir wollen uns nicht ausschalten lassen aus der schwarz-weiß-rot Front, zu der nach ihrer Tradition auch die Deutsche Volkspartei gehört.

In diesem Wahlkampf, wo es um Deutschland und Zukunft geht, stehen wir auf der Seite der Männer der Regierung, die den festen Willen haben, unserem Volk eine bessere Zukunft zu schaffen und die geonnen sind, die diesem Ziel entgegenstehenden Parteien schwach zu setzen. Welches Bild bieten uns diese Parteien? Das Zentrum hat freiz mit der Sozialdemokratie geliebte und mit seiner Politik die ruchlose bolschewistische Gottlosenbewegung großgezogen. Die Demokratie hat ihren größten Tiefstand erreicht. Sie, die sich heute an die Sozialdemokratie anlehnt, läßt sich selbst den Akt ab, auf dem sie mit noch zwei Mandaten im Reichstag saß.

Die Sozialdemokratie hat die Wirtschaft, den Mittelstand, die Landwirtschaft und die Arbeiterschaft systematisch zugrunde gerichtet und unser Volk in einen Sumpf von Betrug und Korruption geführt. Der Kommunismus will Deutschland in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandeln. Kampf gegen diese vier Parteien, das ist die Parole! Heraus aus dem Parteilager, aus der Parteiwirtschaft! Wir wollen keinen sozialistischen Staat irgendwelcher Art, wir wollen einen auf Volksgemeinschaft errichteten Staat, einen sozialen Staat, der sich zu der Erhaltung des Privateigentums bekennt und sich bewußt ist, daß eine auf dem Prinzip des Privateigentums sich aufbauende

Wirtschaftsordnung nur unter Einsatz freier privatwirtschaftlicher Betätigung national und sozial zu funktionieren vermag. Wir fordern einen sauberen, von jeder Korruptionswirtschaft befreiten Staat, zu dem unser Volk und auch das Ausland wieder Vertrauen haben darf, mit einer stabilen und absolut sicheren Währung und mit einer Steuerpolitik, die für die Wirtschaft tragbar ist und sie nicht bis zum Zusammenbruch ausbeutet. Dieser, auf christlicher Grundlage ruhende Staat muß eine Kulturpolitik treiben, die alle unsere Kultur unterhöhlenden Elemente ausschaltet. Beamte dieses Staates sollen nur Berufsbeamte sein, nicht Parteibuchbeamte.

Wir haben das Vertrauen zu den Männern der schwarz-weiß-rot Front, zu von Papen, Hugenberg und Seidte, daß sie Experimente sozialistischer oder staatspolitischer Art, die größte Gefahren in sich schließen und die unheilvolle Kluft zwischen Nord und Süd wieder aufbrechen lassen würden, abzuwenden wissen werden.

Unsere Wahlparole bedeutet keinen Austritt aus der Deutschen Volkspartei, auch keine Verschmelzung mit einer anderen Partei. Aber in diesem Wahlkampf, der von größter geschichtlicher Bedeutung ist, wollen wir zu unserem Teil dazu beitragen, die Front zu stärken, die auf ihre schwarz-weiß-rote Fahne geschrieben hat: Alles mit Hindenburg für Deutschland!

Wähler und Wählerinnen! Für unser Deutschland und seine Zukunft tretet am 5. März an die Wahlurne und wählet die Liste der

## Kampffront Schwarz-Weiß-Rot Liste 5

Dieser Aufruf geht auf einen Beschluß zurück, den laut „Eßlinger Zeitung“ die Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei in ihrer letzten, auf besuchten Mitgliederversammlung gefaßt hat. In Referaten und in der Aussprache wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß jetzt die kleinen Gruppen zwischen den beiden großen Fronten, die sich gebildet haben, wenig oder gar keine Geltung mehr haben können.

## Hallo 311!

Autovermietung Schmid empfiehlt seine gegen Haftpflicht für Personenbeförderung versicherte Wagen bei billigster Berechnung! Zuverlässig und sicher!

## Alle Strümpfe

werden von Strumpfmilch sachgemäß haltbar u. billig angestrikt, angefoht sowie Fallmaschinen aufgenommen! Vorzüge nicht abschneiden.  
Effe Eberhard  
Hengstetter Gäßle 14

# So muß der Wahlzettel des evangelischen Wählers aussehen:

## 8 Christlich-Sozialer Volksdienst Liste 8

**Konfirmations-Gesangbücher**  
in großer Auswahl vorrätig bei  
Fr. Häussler  
Buch- und Papierhandlung Calw

**Ueberflüssiger Hausrat...**  
Fritzchen: „Papa! Kommt Tante Eulalia bald in die Zeitung!“  
Tante Eulalia: „Aber wie kommst du denn nur auf diesen Gedanken, Fritzchen?“  
Fritzchen: „Papa sagt so oft, daß du zum überflüssigen Hausrat gehörst — und den verkaufen wir doch immer durch die Kleinanzeige.“

**Zu verkaufen od. zu vermieten:**  
Auf 1. Juni 1933

**Das alte Postgebäude in Calw,**  
bestehend aus Untergeschoß, 2 Vollgeschossen u. ausgebautem Dachstock, dazu Schuppen, Kellerraum und Hof, insgesamt 1042 qm Grundfläche, für Geschäftszwecke an der Bischofstraße günstig gelegen.  
Muskunft erteilt das Postamt Calw.

Bedeutend billiger ist jetzt:



**Ueberall erhältlich!**  
Ladenpreis nur noch 15 Pfg.  
Hersteller: Ch. Schlatterer, Calw.